

Gegen den Schleichhandel.

Etwas verspätete Vorschläge der Zentralpreisprüfungskommission.

Die Zentral-Preisprüfungskommission ist noch am Leben; wenigstens hat sie sich nach der Meldung einer Korrespondenz neuerdings mit der Frage der Bekämpfung des Schleichhandels und des Preiswuchers befaßt und ist jetzt auch zu der Erkenntnis gelangt, zu der die Bevölkerung allerdings schon seit langem gekommen ist, daß die bisherigen Maßnahmen allein nichts mehr ausrichten und als wirksame Vorkehrungen nur die genaueste Beaufsichtigung des Verkehrs und drakonische Strafmaßnahmen in Betracht kommen können. Nach dem neuen Vorschlage der Preisprüfungskommission soll der Schleichhandel als Spezialdelikt unter Strafe gestellt, die widerrechtliche Verwertung beschlagnahmter Vorräte, die einer staatlichen Verkehrsregelung unterworfen sind, als Veruntreuung qualifiziert, die Ueberschreitung der Höchstpreise nicht mehr von der politischen Behörde, sondern gerichtlich, und zwar als Verbrechen, bestraft werden. Um den Kriegswucher in seinem Gewinnstreben zu treffen, müsse auf Geldstrafen im Mehrfachen des beabsichtigten oder erzielten Gewinnes erkannt werden. Obschon die Mehrzahl der Straffälle gar nicht zur Anzeige gebracht werde, seien die Behörden mit Strafanzeigen überlastet, die Richter mühten sich nahezu nutzlos mit Strafverhandlungen ab. Wenn aber durch den genauen Aufwachtdienst — auf je 1000 Einwohner müsse ein Aufwachtdienstorgan entfallen — und durch die Androhung so drakonischer Strafbestimmungen die Zahl der Verfehlungen auf ein Mindestmaß herabgedrückt werde, so könnten die Strafrichter wieder mit doppeltem Erfolge wirken. Bei jedem Gericht wäre für die Verfolgung des Schleichhandels eine eigene Abteilung zu errichten. Gerade bei Beginn der Friedensverhandlungen, beim Uebergang zu normalen Verhältnissen müssen den Auswüchsen des Preiswuchers mit allen tauglichen Mitteln begegnet werden.

Diese Vorschläge haben sicherlich viel Gutes an sich und würden bei rascher Verwirklichung den beabsichtigten Erfolg gewiß erzielen. Eine andere Frage aber ist die, ob es wieder nur bei den Vorschlägen bleibt . . .

Vom deutschösterreichischen Staatsamte für Volksernährung wird verlautbart: Der Staatssekretär für Volksernährung hat im Wege der Landesregierungen die Ergreifung der strengsten Maßnahmen zur unnachsichtigen Unterdrückung jedweden Lebensmittelwuchers angeordnet, der sich im gegenwärtigen Zeitpunkte als besonders gemeingefährlich darstellt.